

Christian Demuth

## Demokratie ist keine Komfortzone

### Die Politik muss aktiv den Herausforderungen durch Pegida und AfD begegnen

Zehntausende engagieren sich derzeit ehrenamtlich für Geflüchtete. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Flüchtlingspolitik, wenngleich sich zunehmend auch Verunsicherung breitmacht, »ob wir das schaffen«. Die gute Wirtschaftslage verhindert (bislang) größere Verteilungskämpfe. Gleichzeitig gehen Tausende auf die Straße und jubeln rechtspopulistischen Brandstiftern zu. Die derzeitige Lage im Osten Deutschlands ist hochexplosiv, viele haben das Gefühl einer zunehmenden Fragilität der Demokratie. Was passiert, wenn die Integration doch nicht so gelingt, wie von den meisten erhofft? Wie sollen wir angesichts dieser Lage künftig mit den Gegnern der derzeitigen Politik umgehen?

Drei Gruppen müssen in den Blick genommen werden: zum einen die Sympathisanten oder Unterstützer meist rechtspopulistischer Bewegungen, die mit den Parteien allgemein und mit deren Flüchtlingspolitik im Besonderen unzufrieden sind. Da sind zudem jene Bevölkerungsteile, die laut dem Soziologen Heinz Bude anfällig für deren Argumentationen sind: das sogenannte *Dienstleistungsproletariat*, das Flüchtlinge als Konkurrenz sieht und sich gesellschaftlich an den Rand gedrückt fühlt. Die *prekäre Mitte*, die trotz hoher Bildung in prekären finanziellen und beruflichen Verhältnissen lebt. Dort dominiert das Gefühl: »Über meine Situation redet kein Mensch, aber es werden die Arme aufgemacht für Fremde«. Schließlich die *solide Mittelschicht*, die zufrieden auf ihr eigenes Leben schaut, jedoch ihre Erfolge durch die aktuellen Ereignisse in Gefahr sieht.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie man auf die rechtspopulistische Propaganda reagiert. Die Antwort ist alles an-

dere als einfach. Das Problem gliedert sich in vier Dilemmata: Erstens besteht natürlich die Notwendigkeit, sich klar gegen rechtspopulistische Hetze zu positionieren. Gleichzeitig nutzt diese Positionierung nur dem Rechtspopulisten. Weil man ihn als gesellschaftlichen Outsider behandelt, wirkt seine Inszenierung als Gegner des »Alt-Parteiensystems« erst recht glaubwürdig. Deshalb jonglieren Lutz Bachmann (Pegida) oder Björn Höcke (AfD) immer am Rande der Verfassungsfeindlichkeit und provozieren wöchentlich mit neuen Phrasen. Sie können sicher sein, der Gegner reagiert reflexartig.

Das zweite Dilemma ist, dass auch ein Dialog nicht funktioniert. Rechtspopulisten agieren nicht aus einer Stimmung heraus als besorgte Bürger. Sie verfolgen eine knallharte Strategie zur Mobilisierung und wollen keinen Dialog. Seit Jahren wird vor dem Einreißen der Grenze zwischen Nazis und (rechtskonservativen) Wutbürgern gewarnt – der sogenannten Neuen Rechten droht es im Osten zu gelingen. In Sachsen fand sie beste Bedingungen vor: eine fast hegemoniale rechtsextreme Kultur im ländlichen Raum; eine CDU und eine FDP mit jeweils starkem nationalistischen Flügel, welche die Gefahr von rechts unter den Teppich kehrten. Schließlich die faktische Nicht-Existenz von politischer Bildung und eine aktive Schwächung einer kritischen Zivilgesellschaft.

Das dritte Dilemma verstärkt das Problem: Der Rechtspopulist hebt Kritik einfach aus. Man muss verstehen, das Schwungrad (rechts-)populistischer Argumentation ist nicht Ausländerfeindlichkeit, sondern die Beschwörung einer homogenen Gruppe (»die Deutschen«, »das Volk«, »die

Steuerzahler«), die von drei, durchaus nach Bedarf austauschbaren und ebenfalls als homogen dargestellten Gruppen bedroht werde: von »unten« (»Asylanten«, »Sozial-schmarotzer«), von »oben« (»Politiker«, »medialpolitische Eliten«) oder »von außen« (Griechen oder Flüchtlinge). Während diese Gruppen nicht zum »Volk« gehören (z.B. »Volksverräter«), spiegelt der Populist das Volk als Ganzes wider – so die Inszenierung. Als Antwort auf Kritik hat der Populist drei Optionen: Er kann in einer Märtyrer- und Tabubrecher-Attitüde behaupten, die Herrschenden wollten ihn mundtot machen, um »die Wahrheit« zu verschleiern. Weiterhin versucht der Populist, Kritik an seiner Position als eine am »ganzen Volk« darzustellen: Wenn manche Lutz Bachmann als Nazi bezeichnen, behauptet dieser einfach, alle Demonstranten seien Nazis genannt worden. Das stimmt zwar nicht, löst aber den gewünschten Ärger bei jenen aus, die etwa die gemäßigten Positionspapiere in der Anfangszeit von Pegida lasen und den Nazi-Vorwurf zu Recht zurückwiesen. Schließlich besitzt der Populist die Option, Kritiker einfach als gekauft oder manipuliert zu bezeichnen. Diese Taktik wirkt, weil viele Sympathisanten auf einer Welle der Pseudo-Skepsis mit der Verschwörungstheorie als Schaumkrone schwimmen (Sascha Lobo): Man glaubt A nicht, und deshalb stimme B oder man hält B für möglich. Damit gleichen Pegida-Anhänger eher Impfgegnern als rationalen Diskurspartnern. In der Folge wird jeder Unsinn geglaubt: etwa dass das eigentliche Ziel »der Herrschenden« die Abschaffung des Bargelds sei oder dass Juden und die USA den Krieg in Nahost vom Zaun gebrochen hätten, um mit Muslimen Europa zu überschwemmen.

Die in Sachsen hart diskutierte Frage, ob Pegida entweder mit Null Toleranz begegnet oder aber auf deren Ängste eingegangen werden sollte, scheint daher falsch. Nach Robert Misik sei diese »oft heftig ausgetragene Kontroverse möglicherweise

völlig unfruchtbar, da es gute Gründe für die Annahme gibt, dass keine der beiden Varianten erfolgreich ist«. Hat sich eine populistische Konstellation etabliert, könne man nur noch schwer argumentativ dagegen ankommen. »Das populistische Element wird dann selbstevident, es gilt als Klartext, den die anderen nicht hören wollen (...). Der Populist verbittet sich jedes Gegenargument, denn dieses ist eben kein solches, sondern der Versuch ihm das Wort zu verbieten«. Eine Ausgrenzung des Rechtspopulisten verhindert schließlich das vierte Dilemma: Erfahrungen zeigen, dass politisches rechts Blinken nicht die Kopie stärkt, sondern das Original. Ferner funktioniert das Ignorieren nicht, weil sich Sympathisanten zunehmend in einer Medienblase befinden, die nach einer Pseudo-Logik funktioniert: Die Medien sind nur »Lügenpresse«, wenn diese die eigene Meinung nicht teilt. Die Wahrheit steckt hingegen in Internetseiten, die genau zu meiner Meinung passen.

Was kann man aber tun? Kurzfristig müssen die Funktionsweise des Rechtspopulismus sowie die sich daraus ergebenden Dilemmata verstanden werden, um die aktuell dem Rechtspopulisten nutzende Dynamik zu stoppen. *Ein schmaler Grat* Der Staat muss zeigen, dass er die Situation im Griff hat. Lügen und Hetze muss scharf entgegnet werden, aber Missstände nicht verschwiegen werden: Es gibt unter den Flüchtlingen Kriminelle und Unsympathen – wie in der deutschen Bevölkerung. Klarstellungen dürfen nicht per se in die Nazi-Ecke gerückt werden – der Grat ist allerdings schmal.

Politik und Gesellschaft müssen zudem verstehen, dass die Komfortzone der deutschen Demokratie nicht mehr existiert: Es gilt wieder die Demokratie aktiv zu verteidigen. Sie wird herausgefordert von einer rechtspopulistischen Ideologie eines autoritären Nationalismus à la Viktor Orbán. Zugleich wurde nicht in 150 Jahren für die Gleichstellung gekämpft, um nun

aus falsch verstandener Toleranz einzuknicken. Integration bedeutet auch das Werben für einen Verfassungspatriotismus der Zuwanderer. Schließlich muss die Politik ehrlich Defizite der Demokratie ansprechen – nicht nur als Opposition.

Mittelfristig muss die Politik das Thema Unsicherheit und Leistungsgerechtigkeit angehen. Mit dem Blick auf Österreich fordert Misik eine progressive Politik, »der die Bürger zutrauen, dass sie die Welt besser, das Leben sicherer, die Wirtschaft gerechter, die Ungerechtigkeiten geringer, die Fallhöhe zwischen Privilegierten und Unterprivilegierten kleiner macht, und die denen, die sich – meist zu Recht – als zu kurz gekommen empfinden, zumindest das Gefühl gibt, einen Fürsprecher zu haben.« Es ist ungerecht, wenn Löhne stärker besteuert werden als Kapitalgewinne; wenn am Band die gleiche Arbeit mit unterschiedlichen Löhnen bezahlt wird; oder wenn man nach Jahren des Pakettragens oder Bodenwischens genauso in der Grundsicherung landet, wie Arbeitslose, die nie eingezahlt haben. Forderungen nach einer Solidarrente, Maßnahmen gegen prekäre Arbeit und eine Kapitalertragssteuer helfen gegen den Eindruck breiter Kreise, für sie engagiere sich der Staat nicht. Zudem müssen alle marktradikalen Versuche verhindert werden, die Flüchtlingskrise zu nutzen, um soziale Errungenschaften zurückzudrehen – hier steckt sozialer Sprengstoff. Es geht um eine neue Ansprache des »Dienstleistungsproletariats« und von formal gering Gebildeten (Männern), die sich oft als kulturelle und finanzielle Verlierer der Globalisierung und Wissensgesellschaft fühlen. Dieser oft als »Prolls« dämonisierten Gruppe (wie Owen Jones in seinem gleichlautenden Buch treffend seziiert) geht es um Stolz, Heimat und An-

erkennung – nicht um mehr Bildung. Es muss gleichwohl wieder ein glaubwürdiges (!) neues Aufstiegsversprechen kommuniziert werden.

Doch die Wirkung einer solchen Politik ist begrenzt, weil sich bei vielen ein »Misstrauen gegen das gesellschaftliche System« (Heinz Bude) eingenistet hat. Der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland wird misstraut, positive Entwicklungen gar nicht mehr wahrgenommen. Langfristig muss man sich mit den Ursachen beschäftigen: Lobbykandale, NSA, scheinbare Alternativlosigkeit marktradikaler Ideologie und ein zunehmendes Gefühl einer gestörten Leistungsgerechtigkeit in der Gesellschaft. Im Osten wurde gleich nach 1990 demokratische Bildung versäumt. Viele Pegida-Sympathisanten verstehen Demokratie ähnlich dem DDR-Eingabewesen – man beschwert sich, dann muss der Staat reagieren. In Unkenntnis zivilgesellschaftlichen Engagements glauben viele, Banner gegen Intoleranz in Dresden oder Proteste im öffentlichen Raum seien wie weiland in der DDR von oben gesteuert (allerdings wäre dies der ehemaligen Blockpartei CDU-Sachsen zuzutrauen). Die Transformationsphase muss aufgearbeitet werden: Viele Ostdeutsche wurden nach 1990 durch Gebrauchtwagenhändler und Versicherungsmakler betrogen – so konnte kein Systemvertrauen wachsen. Gleichzeitig ist das Glas eben auch in Ostdeutschland mindestens halb voll. Die marktradikale Dominanz der letzten 25 Jahre hat in ganz Deutschland sozialdarwinistische (Unterteilung von Menschen in »nützlich« und »nicht nützlich«) und demokratiefeindliche Einstellungen gestärkt. Man lässt nur gelten, was der Wirtschaft nutzt. Politische Bildung ist somit, nicht nur in Sachsen, eminent wichtig.



**Christian Demuth**  
ist Politikwissenschaftler.

*demuthcri@gmail.com*